

## **Informationen aus dem Fachbereich Soziale Psychiatrie 2-2019**

**Die nächste Fachbereichssitzung findet am 27.06.2019 statt. Die Einladung wird in Kürze versandt.**

### **Themenbereiche**

#### **EU-Wahl 2019 leicht verständlich erklärt**

Das Berliner Aktionsbündnis für Menschen mit Behinderung "Das blaue Kamel" hat in Zusammenarbeit mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung und der Landeswahlleiterin für Berlin die Broschüre "Berlin für Europa – ich wähle mit!" in Leichter Sprache veröffentlicht.

[Die Broschüre ist im Anhang als PDF beigefügt.](#)

Weitere Informationen können unter folgendem Link eingesehen werden: [Broschüre: das-blaue-kamel](#)

#### **SGB V und XI: Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) am 14.03.2019 beschlossen**

Das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) wurde am 14.03.2019 beschlossen. Für den Fachbereich Soziale Psychiatrie sind u. a. folgende Änderungen von Bedeutung:

##### U2-Umlage: Ausnahmeregelung für Werkstätten (§ 11 Aufwendungsausgleichsgesetz)

Mit der Änderung wurde beschlossen, dass Werkstätten nun ausdrücklich nicht in die sogenannte U2-Umlage einbezogen werden. Diese Regelung gilt rückwirkend ab 01. Januar 2018. Die Krankenkassen müssen daher die Beiträge erstatten, die aufgrund der bis dahin geltenden Rechtslage bereits abgeführt worden sind (vom 01.01.2018 bis zur Verabschiedung des Gesetzes).

##### Familienversicherung für erwachsene Jugendliche mit Behinderung (§ 10 SGB V)

Für Menschen mit Behinderung wurde die Möglichkeit der Familienversicherung ohne Altersgrenze ausgeweitet.

##### Wartezeit bei psychotherapeutischer Akutbehandlung

Die Wartezeit auf eine psychotherapeutische Akutbehandlung darf maximal nicht mehr als 2 Wochen betragen.

##### Zusätzliche Betreuungsdienste (§§ 71, 72 SGB XI in Verbindung mit §§ 37 Abs. 9 und 112a SGB XI)

Hierzu ist bereits eine ausführliche Information zu den Änderungen im Bereich der Pflege, Heilmittel und dem Entlassmanagement in den Fachinformationen des Paritätischen unter folgendem Link zu finden.

[der-paritaetische.de/fachinfos/terminservice-und-versorgungsgesetz-tsvg](http://der-paritaetische.de/fachinfos/terminservice-und-versorgungsgesetz-tsvg)

##### Hilfsmittelausschreibungen

Die Ausschreibungen für Hilfsmittel (z.B. Windeln und Gehhilfen) werden abgeschafft. Dadurch soll sichergestellt werden, dass es bei der Versorgung mit Hilfsmitteln keine Abstriche bei der Qualität gibt.

##### Preise für Heilmittel

Bei den Heilmittelerbringern sollen die Preise für die Leistungen der Therapeuten bundesweit auf dem höchsten Niveau angeglichen werden. Die Honorarentwicklung wird von der Grundlohnsumme abgekoppelt und ermöglicht stärkere Honorarsteigerungen als bisher. Außerdem soll es bundesweit einheitliche Verträge geben.

##### Ausbau der Terminservicestellen

Die Terminservicestellen sollen künftig 24 Stunden an 7 Tagen pro Woche erreichbar sein. Darüber hinaus soll es künftig ein Online-Angebot zu Terminservicestellen geben.

##### Elektronische Patientenakte

Die Krankenkassen werden verpflichtet, bis spätestens 2021 ihren Versicherten elektronische Patientenakten anzubieten. Dazu gehört auch, dass es auf Wunsch des Patienten ermöglicht wird, mit Smartphone oder Tablet auf medizinische Daten zugreifen können.

### Psychotherapeutische Behandlung

Die geplanten Regelungen zur gestuften und gesteuerten Versorgung für psychisch kranke Menschen sind nicht mehr Bestandteil des TSVG. Allerdings wurden zu diesem Themenkomplex Regelungen im Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Psychotherapeutenausbildung aufgenommen (siehe Mail vom 13.03.2019).

### **Zweiter Fortschrittsbericht zur Umsetzung des Landespsychiatrieplans Niedersachsen**

In den Empfehlungen des Landespsychiatrieplans Niedersachsen (LPP-N) wurde dem Landesfachbeirat Psychiatrie Niedersachsen die Aufgabe zugewiesen, „mindestens jährlich die erfolgte Entwicklung mit Blick auf die fortschreitende Psychiatrieplanung im Land zu bewerten und dazu jeweils Empfehlungen gegenüber dem zuständigen MS auszusprechen“ (LPP-N, S. 30).

In der Erfüllung dieser Aufgabe hat der Landesfachbeirat Psychiatrie in seiner Sitzung am 13.02.2019 den 2. Fortschrittsbericht verabschiedet und Ende Februar 2019 dem Sozialministerium vorgelegt.

[Der Fortschrittsbericht liegt als PDF anbei.](#)

### **Position Entgelt und Stellungnahme zum BABAbgAnpG von Werkstatträte Deutschland**

Von ‚Werkstatträte Deutschland‘ hat der Paritätische Gesamtverband zwei Positionen erhalten, die Stellungnahme zum Berufsausbildungsbeihilfe- und Ausbildungsgeld-Anpassungsgesetzes (BABAbgAnpG) und - ein Entwurfspapier zum Thema „Entgelt in Werkstätten“ die wir Ihnen gern weiterleiten möchten. Letzteres ist aktuell noch eine Entwurfsfassung, weil eine Vorstandsposition, die von der Projekt-AG des Vereins erarbeitet wurde und erst im Sommer in die Abstimmung mit den Mitgliedern gehen wird.

Dennoch ist die Position bereits öffentlich, siehe Link:

[Positionspapier - werkstattraete-deutschland Zu BABAbgAnpG](#)

### **Stellungnahme zu Wirkung und Wirksamkeit von Leistungen der Eingliederungshilfe im SGB IX**

Die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation e.V. (DVfR) hat eine Stellungnahme zum Thema Wirkung und Wirksamkeit von Leistungen der Eingliederungshilfe im SGB IX veröffentlicht. Darin wird u.a. eine Problembeschreibung vorgenommen und Konsequenzen der Umsetzung aufgezeigt.

[Die Stellungnahme ist als PDF im Anhang beigefügt.](#)

### **SGB V: Dialog APK „Versorgungsbereiche ambulante, teilstationäre, stationäre Behandlung und medizinische Rehabilitation“ - Handlungsbedarfe und Optionen Rückmeldung des Paritätischen**

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) wird in den nächsten drei Jahren mit Vertreter\*innen von Fachverbänden sowie weiteren Expert\*innen einen Dialog zur Weiterentwicklung der Hilfen für psychisch erkrankte Menschen durchführen. Vorrangig soll dabei das SGB V in den Blick genommen werden. Ziele dieses Dialogs sind eine Standortbestimmung, die Verständigung über mögliche Entwicklungsbedarfe sowie die Formulierung von Empfehlungen. Der Aktion Psychisch Kranke wurde die Funktion der Geschäftsstelle übertragen. Das erste Dialogforum wird unter dem Thema „Versorgungsbereiche (ambulante, teilstationäre, stationäre Behandlung und medizinische Rehabilitation“ stehen.

Die Aktion Psychisch Kranke (APK) hat die Verbände eingeladen, sich vorerst schriftlich (maximal 4 Punkte, eine DIN A4 Seite) am ersten Dialogforum zu beteiligen. Als PDF Anhang erhalten Sie die Rückmeldung des Paritätischen Gesamtverbandes zum Themenkomplex.

[Die Rückmeldung ist als PDF im Anhang beigefügt.](#)

### **Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Förderung von Zuverdienstmöglichkeiten im Bereich des SGB IX**

Die Rechtsunsicherheit der freiwilligen Leistungen im BTHG wie die Zuverdienste beschäftigt den Landesverband derzeit. Dazu wurde vor kurzem eine verbandsübergreifende Umfrage an Sie versandt, um die Situation der freiwilligen Leistungen in Niedersachsen abbilden zu können. Die Umfrage wird Mitte Mai beendet sein und verbandsübergreifend ausgewertet.

Wir möchten Sie aufmerksam machen auf eine Empfehlung des Deutschen Vereins zur Förderung von Zuverdienstmöglichkeiten.

[Die Empfehlungen finden Sie als PDF im Anhang.](#)

### **Bundesprogramm Innovative Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben - rehapro –**

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und die Fachstelle rehapro haben den 3. Newsletter zum ersten Förderaufruf (Stand: 2. April 2019) zum Bundesprogramm „Innovative Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben – rehapro“ veröffentlicht.

Darin wird über die Förderentscheidung zum ersten Förderaufruf informiert. Demnach hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) am 28. März 2019 entschieden, im Rahmen des ersten Förderaufrufs 61 Modellprojekte von insgesamt 97 beantragten Projekten zu fördern. Es sollen alle 28 beantragten Projekte aus dem SGB VI-Bereich gefördert werden, sowie 33 Projekte aus dem SGB II-Bereich. 36 Modellprojekte aus dem SGB II-Bereich sind nicht zur Förderung vorgesehen.

Derzeit findet die vertiefte zuwendungsrechtliche Prüfung der Anträge durch die Fachstelle rehapro und den Grundsatz- und Querschnittsbereich der DRV Bund statt. Im Anschluss werden die rechtsverbindlichen Zuwendungsbescheide von der Fachstelle rehapro sukzessive versendet. Auf Nachfrage des Paritätischen teilte die Fachstelle rehapro mit, dass noch keine Liste der zu fördernden Modellprojekte vorliegt.

Bitte beachten Sie, dass ein zweiter Förderaufruf für den Sommer 2019 vorgesehen ist.

[Der Newsletter ist als Anlage beigefügt.](#)

### **SGB IX: Vorschläge des Forums behinderter Juristinnen und Juristen – FbJJ – zur Verwirklichung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK)**

Das Forum behinderter Juristinnen und Juristen hat das 10 jährige Jubiläum der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen zum Anlass genommen und konkrete Gesetzesänderungen, z.B. im SGB IX vorgeschlagen, die zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) beitragen. Dabei wird Bezug auf 14 Artikel der UN-BRK genommen. Die Vorschläge betreffen u.a.:

- den Behinderungsbegriff im SGB IX,
- den Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe im SGB IX Teil 2,
- das Wunsch- und Wahlrecht und das Verhältnis von Pflege und Eingliederungshilfe im SGB IX,
- die Assistenzleistungen und die Heranziehung von Einkommen im SGB IX,
- das Benachteiligungsverbot im Grundgesetz und Regelungen im Behindertengleichstellungsgesetz (z.B. Verbandsklagerecht),
- Leistungsausschluss von Berechtigten nach dem AsylbLG sowie Leistungseinschränkungen von Ausländerinnen und Ausländern,
- Regelungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen im SGB VIII,
- Assistenzleistungen im Krankenhaus (SGB V).

Das Forum versteht die Vorschläge als erstes Arbeitsergebnis, das Ende 2019 in einen umfassenderen Gesetzesentwurf zur Verwirklichung der Rechte aus der UN-BRK einfließen soll.

[Die Vorschläge sind im Anhang ALS PDF beigefügt](#)

### **Pflege Eingliederungshilfe: "Teilhabe oder Pflege? Die Schnittstelle zwischen den Leistungen der Pflegeversicherung und der Eingliederungshilfe als Praxisherausforderung**

Die Schnittstelle zwischen den Leistungen der Eingliederungshilfe und Leistungen der Pflegeversicherung beschäftigt aktuell Menschen mit Behinderungen, die Leistungen der Eingliederungshilfe beantragen und Dienste, die Leistungen im Rahmen des Ambulant Betreuten Wohnens erbringen, gleichermaßen. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen (NRW) hat uns ein Rundschreiben für seine ambulanten Dienste übermittelt, das wir Ihnen gern weiterleiten. In dem Schreiben werden aktuelle Problemlagen und der Umgang mit diesen erläutert und auf den Fachartikel "Teilhabe oder Pflege? Die Schnittstelle zwischen den Leistungen der Pflegeversicherung und der Eingliederungshilfe als Praxisherausforderung" von Gila Schindler, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Sozialrecht\*, Heidelberg. (Quelle: Sozialrechtaktuell 4/2018) hingewiesen.

[Das Rundschreiben und der Fachartikel sind als PDF im Anhang beigefügt.](#)

### **SGB V: Reform der Psychotherapeutenausbildung (strukturierte Versorgung, Gruppentherapie. Gutachterverfahren)**

Wir berichteten bereits über die geplanten Regelungen zur gestuften und gesteuerten Versorgung für die psychotherapeutische Behandlung. Diese sind nicht mehr Bestandteil des TSVG. Allerdings wurden zu diesem

Themenkomplex Regelungen im Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Psychotherapeutenausbildung aufgenommen. Geplant ist, dass

- Psychotherapeut\*innen zukünftig neben der Verordnung von psychiatrischer Krankenpflege auch ergotherapeutische Leistungen verordnen können und
- der G-BA bis zum 31.07.2020 "Regelungen für eine berufsgruppenübergreifende, koordinierte und strukturierte Versorgung sowie zur weiteren Förderung der Gruppentherapie und der weiteren Vereinfachung des Gutachterverfahrens" beschließen soll.

Siehe Link: [der-paritaetische.de/fachinfos/kabinettd-entwurf-eines-psychotherapeutenausbildungsreformgesetzes/](http://der-paritaetische.de/fachinfos/kabinettd-entwurf-eines-psychotherapeutenausbildungsreformgesetzes/)

### **Rechtsexpertise "Ist-Analyse zu Hilfe und Versorgung in Familien mit Kindern psychisch kranker Eltern"**

Gemeindepsychiatrische Träger bieten meist Hilfen basierend auf unterschiedlichen Sozialgesetzbüchern an. Damit haben sie die Möglichkeiten, bei komplexen Bedarfen Unterstützung aus einer Hand zu realisieren. Dies wird auch in einem aktuellen und zukünftig für den weiteren Ausbau der Hilfen sehr praxisnahen Rechtsgutachten von Meysen, Rixen und Schönecker für die Sachverständigenkommission des Bundestages zur Etablierung von Hilfen für diese Personengruppe, als ein gut geeigneter Weg zur Realisierung von Komplexleistungen beschrieben.

Die Rechtsexpertise "Ist-Analyse zu Hilfe und Versorgung in Familien mit Kindern psychisch kranker Eltern" erstellt im Auftrag des AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V. ist im Anhang beigefügt. Weitere Expertisen, Berichte und Stellungnahmen sind auf der Homepage der Arbeitsgruppe unter folgendem Link einsehbar:

[ag-kpke.de/Rechtsexpertise](http://ag-kpke.de/Rechtsexpertise)

### **SGB IX Arbeit: Informationen zur neuen Werkstätten-mitwirkungs-verordnung in Leichter Sprache**

Die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation hat auf ihrer Homepage Informationen zur neuen Werkstättenmitwirkungsverordnung in Leichter Sprache bereitgestellt.

Diese können unter folgendem Link eingesehen werden: [reha-recht.de/leichte\\_sprache/fachbeitraefachbeitrag-informationen-zur-neuen-werkstaettenmitwirkungsverordnung/](http://reha-recht.de/leichte_sprache/fachbeitraefachbeitrag-informationen-zur-neuen-werkstaettenmitwirkungsverordnung/)

## **Ankündigung Fachtagungen / Fortbildungen / Veröffentlichungen**

### **Fachveranstaltung: Handlungsbedarfe zur Reform der Psychosozialen Versorgung**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) stellt am 5. Juni 2019 das Positionspapier der FES-Projektgruppe "Zeit für einen neuen Aufbruch Handlungsbedarfe zur Reform der psychosozialen Versorgung 44 Jahre nach der Psychiatrie-Enquete" in Berlin vor.

Die Einladung befindet sich als PDF im Anhang

### **Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen**

Im Rahmen des EU-Protesttages für die Belange der Menschen mit Behinderungen lädt die Stiftung für Soziale Psychiatrie gemeinsam mit der Mannheimer Initiative Psychiatrie-Erfahrener am 11. Mai 2019 nach Mannheim ein. Es geht um Menschen mit psychischer Behinderung und um die wichtige Funktion von Psychiatrie-Erfahrenen, also von Menschen, die selbst eine psychische Erkrankung erlebt haben, im Zusammenwirken mit professionell Tätigen.

Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link:

[https://www.dgsp-ev.de/VA\\_Flyer/2019/Stiftung\\_fuer\\_Soziale\\_Psychiatrie\\_Folder\\_Inklusion-Europa\\_2019.pdf](https://www.dgsp-ev.de/VA_Flyer/2019/Stiftung_fuer_Soziale_Psychiatrie_Folder_Inklusion-Europa_2019.pdf)

### **Neue Kampagne des BApK: Psychisch Erkrankte sind nicht ansteckend.**

Der Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BApK e.V.) hat auf seiner Homepage Materialien zur Kampagne "Psychische Erkrankungen sind nicht ansteckend. Ich engagiere mich in der Selbsthilfe." veröffentlicht.

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit startet der Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BApK) e.V. im Frühjahr eine neue Kampagne für das Ehrenamt in der Selbsthilfe. Mit Plakaten, Postern und Freecards will der Verband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen auf die

Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements im Rahmen der Selbsthilfe – und hier besonders im psychiatrischen Bereich - aufmerksam machen.

Die Medien sind auf der Homepage des BApK [bapk.de/Kampagne Ehrenamt i.d. Selbsthilfe](http://bapk.de/Kampagne_Ehrenamt_i.d_Selbsthilfe) zu sehen und können von interessierten Verbänden kostenfrei heruntergeladen werden. Alle weiteren anfallenden Kosten wie Druck oder Schaltkosten müssen die Organisationen selber übernehmen.

### **Veröffentlichung: Inklusion im Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf, Hintergründe, Herausforderungen und Beispiele aus der Praxis**

Wir möchten Sie auf eine Veröffentlichung des Bundesinstitutes für Berufsbildung aufmerksam machen.

Inhalt des Sammelbandes sind Beiträge zu der Fragestellung: „Wie es gelingt, allen jungen Menschen berufliche Handlungsfähigkeit zu vermitteln und die Teilhabe an regulärer Ausbildung und dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern“. Einerseits werden Reformvorschläge aus wissenschaftlichen Analysen abgeleitet und andererseits Beispiele guter Praxis mit inklusiven Elementen gezeigt, die als Umsetzungshilfe dienen, wenn Institutionen sich inklusiver ausrichten möchten. Es wird deutlich, dass eine differenzierte individuelle Förderung die Basis für eine gelingende Inklusion in der beruflichen Bildung darstellt.

Unter folgendem Link finden Sie den download zur Veröffentlichung:

[bibb.de/veroeffentlichungen](http://bibb.de/veroeffentlichungen)

### **Veranstaltungshinweis DGSP-Jahrestagung 2019, Veröffentlichung Dossier Klinik**

Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) hat uns eine erste Vorankündigung der DGSP-Jahrestagung 2019 "Hilfe und Zwang - Alter Widerspruch in neuem Gewand" vom 05. - 07.12.2019 in Leverkusen übermittelt.

[Die Ankündigung befindet sich im Anhang.](#)

Des Weiteren erhalten Sie den Link zum aktuell veröffentlichte DGSP-Dossier "Klinik":

[DGSP-Dossier "Klinik"](#)